



Stand: Juli 2013

Abschlussbericht der Kampagne „Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution: jetzt!“ (2012-2013)

Ziel:

Das politische Ziel der Kampagne „Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution: jetzt!“ war die Erwirkung einer Gesetzesänderung, die Opfern von Zwangsprostitution einen eigenständigen und unbefristeten Aufenthaltsstatus für Deutschland garantiert. Gleichzeitig sollte die breite Öffentlichkeit für das Thema Frauenhandel sensibilisiert und auf die derzeitige unzumutbare Rechtsituation der Betroffenen aufmerksam gemacht werden.

Die Kampagne wurde von der Bewegungstiftung, von der Stiftung: do und von der Sebastian Cobler Stiftung finanziell unterstützt.

Straßentheateraktion und Unterschriftenpetition:

Am 18. Oktober 2012, dem Europäischen Tag gegen Menschenhandel, startete die Kampagne mit einer Straßentheateraktion zum Thema Frauenhandel am Brandenburger Tor. Anschließend begaben sich die SchauspielerInnen auf eine deutschlandweite Rundreise. Besucht wurden im Zeitraum vom 18. Oktober 2012 bis 1. Februar 2013 17 deutsche Städte. Vor Ort erhielt das Team von den ehrenamtlich arbeitenden TERRE DES FEMMES-Städtegruppen Unterstützung, die Informationsmaterial an PassantInnen verteilten und zahlreiche Unterschriften sammelten. Insgesamt fielen die Reaktionen der PassantInnen auf das Theaterstück sehr positiv aus. Am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, am 25. November 2012, wurde das Straßentheater erneut am Brandenburger Tor aufgeführt. Durch das Straßentheater konnten – wie die zahlreichen Unterschriften zeigen – tausende Menschen auf das Thema Frauenhandel aufmerksam gemacht werden.

Zeitgleich zur bundesweiten Vorführung des Theaterstücks startete eine Unterschriftenpetition, die an Bundesinnenminister Friedrich gerichtet war. Der Bundesinnenminister wurde dazu aufgefordert, sich für eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für Betroffene von Frauenhandel einzusetzen. Es wurden ein unbefristeter und unabhängiger Aufenthaltstitel sowie die Garantie einer angemessenen, psychosozialen Betreuung und Entschädigung für Opfer von Zwangsprostitution gefordert. Insgesamt konnten durch Unterschriftenlisten und der Möglichkeit online zu unterzeichnen, knapp 46.000 Unterschriften gesammelt werden.

Lobbyarbeit zur Umsetzung der Forderungen der Kampagne:

Ursprünglich war geplant, die Unterschriftenübergabe am Internationalen Frauentag (8. März) durchzuführen. Da Deutschland jedoch bis zum 6. April 2013 die EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer (EU-Richtlinie 2011/36/EU) hätte umsetzen müssen, die Umsetzung aber bis heute nicht stattgefunden hat, haben wir uns entschieden, die Unterschriften erst nach dem 6. April zu überreichen. Dies bot uns die Möglichkeit, medienwirksam politischen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, ihre Verpflichtungen, die EU-Richtlinie umzusetzen, nachzukommen und hierbei unsere Forderungen zu berücksichtigen. Da sich Bundesinnenminister Friedrich nicht zu einer persönlichen Entgegennahme der Unterschriften bereit erklärte, wurden die Unterschriften am 21. Mai 2013 dem parlamentarischen Staatssekretär des Bundesministeriums des Innern (BMI) Dr. Ole Schröder von der TERRE DES FEMMES-Vorstandsvorsitzenden Irmgard Schewe-Gerigk überreicht. Im Anschluss daran fand im BMI ein Fachgespräch statt, in dem TERRE DES FEMMES seine Forderungen näher ausführen konnte. Außerdem wurden im Rahmen der Kampagne etwa 10.000 mit unseren Forderungen versehene und von BürgerInnen unterschriebene Kampagnenpostkarten an verschiedene Mitglieder des Bundestags (MdB) verschickt sowie knapp 15.000 weitere Kampagnenpostkarten an BürgerInnen verteilt. Zudem forderte TERRE DES FEMMES 40 MdBs (u.a. Mitglieder des Menschenrechtsausschusses und die frauenpolitischen Sprecherinnen der jeweiligen Fraktionen) in Briefen dazu auf, eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für Betroffene von Frauenhandel zu erwirken.

Die Kontaktaufnahme mit MdBs (Versendung von Postkarten und Briefen) zeigte insofern Wirkung, als dass daraufhin mit mindestens einer/einem Abgeordnete(n) jeder Bundestagsfraktion ein persönliches Gespräch geführt wurde. Diese zeigten allgemein großes Interesse an dem alternativen Gesetzesentwurf, der der Kampagnenforderung entsprach und den TDF durch zwei Juristinnen im Rahmen der Kampagne hat erarbeiten lassen. Der Entwurf wurde im Anschluss an die Gespräche den MdBs als Arbeitsgrundlage überreicht.

Öffentlichkeitsarbeit und Presseresonanz:

Im Rahmen der Kampagne hat TDF insgesamt fünf bundesweite und 16 regionale Pressemitteilungen verschickt. Auch in vier Ausgaben des TDF-Newsletters, der derzeit an 6.600 AbonentInnen gerichtet ist, wurde auf die Kampagne aufmerksam gemacht. Auf der TDF-Facebookseite (derzeit 7.433 Facebook-Fans) wurde insgesamt mit 25 Posts auf die Kampagne und laufende Unterschriftenaktion hingewiesen; die errechnete Reichweite liegt bisher bei rund 50.000 Personen. Ebenso wurde auf Twitter (derzeitige Followers 750) zahlreiche Male (22 Tweets) auf die Kampagne aufmerksam gemacht. Auch wurde auf der TDF-Homepage, die im Jahr 2012 ca. 1.000.000 BesucherInnen hatte, ausführlich über die Kampagne informiert. Die Presseresonanz der Kampagne war erfreulich stark, so wurden z.B. Fotos des

Straßentheaters insgesamt 36x zum „Foto des Tages“ (Focus, Internetauftritt der SPD etc.) gewählt. Zudem haben zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen sowohl online als auch in Printausgaben, darunter die taz, die Stuttgarter Zeitung und die Süddeutsche Zeitung sowie unterschiedliche Radiosender, darunter der Deutschlandfunk und das Kulturradio Berlin über die Kampagne berichtet. Noch immer werden die Fotos der Straßenperformance von Zeitungen und Zeitschriften, darunter der Cicero und die Standard, ausgewählt, wenn es um das Thema Frauenhandel geht. Die Presseauswertung unserer eigenen Internetrecherchen:

Printmedien	Onlinemedien	TV	Radio
16x	215x	3x	6x

Einschätzung/Zielerreichung:

Die angestrebten Ziele der Kampagne sind insofern erreicht worden, als dass zahlreiche BürgerInnen informiert, sensibilisiert und politisch aktiviert werden konnten und darüber hinaus mit zahlreichen MdBs ein Austausch zu einer Gesetzesänderung im Sinne der Opfer von Frauenhandel stattgefunden hat.

Im November 2012 haben die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen sowie die Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus einen Entschließungsantrag (Drucksache 17/0653) eingebracht, in dem unsere Forderungen nach einem unbefristeten und unabhängigen Aufenthaltsrecht vollständig aufgenommen wurden. Im Zeitraum der Kampagne wurde außerdem ein Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen eingebracht, der zwar nicht alle Kampagnenforderungen ausreichend berücksichtigt, zumindest aber eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für Betroffene von Menschenhandel vorsieht. In den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013 kündigen sowohl die SPD als auch Bündnis 90/Die Grünen eine Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation für Opfer von Zwangsprostitution an. Als einen weiteren Erfolg zählen wir, dass die TDF-Vorstandsvorsitzende Irmgard Schewe-Gerigk bei der öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages im Juni 2013 eingeladen und TDF um eine schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der CDU/CSU und FDP zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Überwachung von Prostitutionsstätten gebeten wurde.

TERRE DES FEMMES setzt sich weiterhin für den Schutz der Opfer ein!:

TERRE DES FEMMES wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass das Thema Frauenhandel auf der politischen Agenda Berücksichtigung findet und die Forderungen nach einem unbefristeten und unabhängigen Aufenthaltsrecht, einer angemessenen psychosozialen Betreuung sowie Entschädigung für Opfer von Frauenhandel in der deutschen Gesetzgebung baldmöglichst aufgenommen werden!